

Süddeutsche Zeitung 10.10.06

Bleiberecht möglich  
Einigung der Länder-Innenminister rückt näher

Von Roland Preuß und Annette Ramelsberger

Im Streit um ein Bleiberecht für geduldete Ausländer in Deutschland haben sich die Landesinnenminister am Montag in mehreren Punkten geeinigt. Bei einem Vorbereitungstreffen der Ressortchefs in München für die Innenministerkonferenz (IMK) in fünf Wochen zeichnete sich ab, dass Flüchtlinge für einen dauerhaften Aufenthalt mehrere Kriterien zu erfüllen haben.

Nach Angaben von Teilnehmern des Treffens müssen Familien mit Kindern vor dem Jahr 2000 nach Deutschland eingereist sein, Alleinstehende sollen sich mindestens acht Jahre im Land aufgehalten haben. Beide Gruppen dürfen im Asylverfahren die Behörden nicht getäuscht haben und müssen als integriert gelten. Wie das genau geregelt wird, werden die Länder entscheiden; ausgeschlossen werden soll aber, wer gegen Strafgesetze verstoßen hat. Zudem sollen die Flüchtlinge durch Arbeit selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen. Nur bei Familien mit kleinen Kindern soll es befristete Ausnahmen geben. Iraker sollen vorerst nicht langfristig bleiben dürfen - eine Forderung, die vor allem Bayerns Innenminister Günther Beckstein gestellt hatte, weil in Bayern ganz besonders viele irakische Asylbewerber leben. Er fürchte, dass bei einer Bleiberechtsregelung für diese Menschen ein Sicherheitsproblem entstehen könnte.

Derzeit gibt es etwa 190 000 geduldete Ausländer in Deutschland, meist abgelehnte Asylbewerber oder Flüchtlinge, die nicht in ihr Heimatland zurückkehren können, etwa weil ihnen dort Folter droht. Gut 100 000 von ihnen leben bereits länger als sechs Jahre in Deutschland.

Beckstein (CSU) sagte der Süddeutschen Zeitung, es gebe allerdings noch zwei Streitpunkte, die "ganz schwierig" seien. Erstens müssten Flüchtlinge, die bisher von den Behörden häufig keine Arbeitserlaubnis erhalten, leichter arbeiten können. Dies ist deshalb heikel, weil Deutsche und EU-Bürger bisher bei der Vergabe von freien Stellen durch die Arbeitsagenturen bevorzugt werden müssen. Nun sollen Arbeitsminister Franz Müntefering und weitere SPD-Arbeitspolitiker Lösungsvorschläge erarbeiten, sagte Beckstein, der zurzeit IMK-Vorsitzender ist. Ein Bleiberecht für Empfänger von Sozialhilfe sei mit ihm "nicht zu machen", sagte Beckstein.

Nun soll es also Müntefering richten, "Müntefering muss sich hier bewegen", fordert auch Hessens Innenminister Volker Bouffier (CDU). Und Schleswig-Holsteins Innenminister Ralf Stegner, der diesmal die SPD-geführten Länder vertrat, kündigte an, er werde das Gespräch mit Müntefering suchen, wie man den ausländischen geduldeten Familien ermöglichen könne, hier zu arbeiten. "Es besteht ein großes Interesse daran, dass diese Menschen aus der Sozialhilfe herauskommen und sich selbst ernähren können", sagte Stegner der SZ. Das solle an der SPD nicht scheitern. Allerdings könne es nicht darum gehen, dass diese Menschen dann unter dem Mindestlohn arbeiteten. Doch ganz offensichtlich schwebt das der Union vor: Sie sieht Möglichkeiten, dass abgelehnte Asylbewerber im Niedriglohnssektor beschäftigt werden, wo es zu wenig deutsche Arbeitssuchende gibt. Im Arbeitsministerium in Berlin hält man sich noch bedeckt. Zwar laufen bereits Verhandlungen, aber in welche Richtung, ist noch unklar. "Wir sind im Gespräch", sagt eine Sprecherin Münteferings.

Zweitens verlangen die Unions-Innenminister, dass Flüchtlinge, die kein Bleiberecht bekommen, weniger Sozialleistungen erhalten. Bisher haben Flüchtlinge drei Jahre lang das Recht auf vergleichsweise geringe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; danach erhalten sie die höhere Sozialhilfe. Dies schaffe einen Anreiz, länger zu bleiben, sagte Beckstein. "Eigentlich müssten die Beträge abgesenkt werden." Diese Forderung sei ein "absoluter K.o.-Punkt" in den Verhandlungen. Demgegenüber erklärte SPD-Mann Stegner, die entsprechenden Sozialgesetze seien nicht einfach zu ändern. Aber es gebe hier einen "Gesprächskorridor". Stegner sagte, das Treffen in München habe die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sich die Innenminister einigen werden: "Wir sind uns deutlich näher gekommen."

Unklar ist noch, wie viele Menschen von der möglichen Bleiberechtsregelung erfasst werden. Während manche Innenminister von einer Größenordnung von ungefähr 100 000 Geduldeten sprechen, lehnt Beckstein eine solche Menge ab. Intern wird von etwa 50 000 Betroffenen gesprochen.